

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telex: 866 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Klaus Daubertshäuser
MdB zu den Erfordernissen der ostdeutschen Verkehrsinfrastruktur: Vorrang für Sicherheit und Umweltfreundlichkeit.

Seite 1

Gudrun Schaich-Walch
MdB zum dramatischen Anstieg der Drogentoten: Plädoyer für eine präventive Drogenpolitik.

Seite 3

Heinz Putzrath zum 100. Geburtstag von Julius Braunthal: Ein Leben für den internationalen Sozialismus.

Seite 4

46. Jahrgang / 83

2. Mai 1991

Vorrang für Sicherheit und Umweltfreundlichkeit Zu den Erfordernissen der ostdeutschen Verkehrsinfrastruktur

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Aufbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern bietet die einmalige Chance, Fehler der Vergangenheit zu vermeiden und von vornherein ein integriertes Gesamtverkehrskonzept zu entwickeln. Nur so kann ein Export des bei uns drohenden Verkehrs- und Umwelteinflakts und ein Wildwuchs konkurrierender Verkehrsträger vermieden werden. Standortvorteile für die Wirtschaft in den neuen Ländern werden sich mittelfristig nur ergeben, wenn eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur geschaffen werden kann, deren Kollaps nicht von vornherein abzusehen ist.

Dies setzt voraus, daß die Rollen der verschiedenen Verkehrsträger je nach ihrer spezifischen Leistungsfähigkeit genau definiert werden, bevor gezielte und aufeinander abgestimmte Investitionsmaßnahmen ergriffen werden. Aspekte der Umweltfreundlichkeit und Sicherheit müssen dabei Vorrang vor vordergründiger Rentabilität bekommen; das heißt, im Güterverkehr ist der Schiene, im Nahverkehr dem ÖPNV eindeutige Priorität einzuräumen. Bei einer Gesamtrechnung, die die externen Kosten (Umweltschäden, Unfallkosten, Erhaltungsbedarf der Verkehrswege etc.) einbezieht, ist dies langfristig kostengünstiger.

Zeitdruck darf nicht zum Argument gegen komplexe Planungsziele werden. Wenn jetzt mit Blick auf die Notwendigkeit schneller Hilfe Investitionen nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, werden erhebliche Kosten für spätere - zum Teil kaum noch mögliche - Reparaturen entstehen.

Verkehrssteigerungen um jeden Preis kann nicht Ziel der Aufbauhilfe sein. Sinnvolle Verkehrsvermeidung ist zur Zeit noch leichter als im Westen möglich durch stadtplanerische Entscheidungen, die durch Integration von Wohn-, Arbeits-, Einkaufs- und Freizeitfunktionen erzwungene Mobilität verhindern, Verzicht auf die Schaffung einer Opportunitätsstruktur (Ausbau innerstädtischer Straßen, Parkhäuser in Innenstädten, autobahnähnlich ausgebaute Landstraßen etc.), die das Umsteigen vom heute noch deutlich mehr als im Westen genutzten öffentlichen Verkehr auf den Individualverkehr herausfordert und vorrangige Förderung attraktiver öffentlicher Verkehrsmittel, die effektiver, platzsparender und umweltfreundlicher als der Individualverkehr sind.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
mit recycelten Rohstoffen
Recycling-Papier



Die bisherigen Entscheidungen der Bundesregierung lassen wenig von diesen Überlegungen erkennen:

Der Straßenbau steht eindeutig im Vordergrund. Im Verkehrshaushalt sind für den Bundesfernstraßenbau insgesamt 6,65 Milliarden DM (1994: 9,02 Milliarden DM), für DB und DR zusammen jedoch nur 5,7 Milliarden DM (1994: 6,05 Milliarden DM) an Investitionsmitteln vorgesehen. Der Bund verweigert Liquiditätszuschüsse für die DR, die damit weiter in die Verschuldung absackt.

Der Haushalt enthält keinen Titel für Schnittstelleninvestitionen (Terminals für den kombinierten Verkehr etc.).

Sondermittel für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden im Osten werden für 1991 und '92 wie folgt verteilt: 2,1 Milliarden DM für kommunalen Straßenbau, 0,8 Milliarden DM für ÖPNV inklusive DR. Der Ausbau innerstädtischer Straßen wird damit fast dreimal mehr gefördert als der Ausbau des ÖPNV.

Die Plafondierung im GVFG wird beibehalten; der Bund besteht auf Übernahme der Betriebskostensubventionen für im Eigentum der Treuhandanstalt stehende ÖPNV-Unternehmen in Höhe von 2,3 Milliarden DM durch die neuen Länder, die dazu jedoch kaum in der Lage sind. Der Zusammenbruch des ÖPNV in einigen Regionen steht daher kurz bevor.

Dies alles läßt befürchten, daß auch im Osten die Fehlentwicklungen der 50er und 60er Jahre des Westens eintreten werden nur im Zeitraffer.

Daraus leiten sich für die SPD konkrete und kurzfristig erfüllbare Forderungen ab, die auch in Form von Anträgen in die Haushaltsberatungen eingebracht werden:

- Erhöhung der Investitionsmittel für die Schiene und mindestens den Betrag, der der Differenz zu den Straßenbauinvestitionen entspricht.
- Mittelbereitstellung (150 Millionen DM 1991, bis 250 Millionen DM 1994) und Erarbeitung einer Konzeption zur Lösung der Schnittstellenproblematik Kombiverkehr.
- Bereitstellung von Kapitalhilfen für die DR von mindestens zwei Milliarden DM.
- Umschichtung der Mittel für den kommunalen Straßenbau zugunsten des ÖPNV, Anhebung des Plafonds um mindestens 400 Millionen DM, vorübergehende Einräumung einer 100-Prozent-Förderung.
- Übernahme der Betriebskostenzuschüsse für im Eigentum der Treuhandanstalt stehende ÖPNV-Unternehmen durch den Bund, bis die neuen Länder finanziell gesichert sind.

Mittel- und langfristig ist die Vernetzung eines integrierten Verkehrssystems voranzutreiben. Dies kann der BMV alleine nicht leisten. Wir regen daher die Bildung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe "Integriertes Gesamtverkehrskonzept" unter Beteiligung aller relevanten Kräfte (Politik, Verwaltung, Städtebau, Gewerbe, DB/DR etc.) an, die ein Gesamtkonzept erstellen soll. Die Umsetzung einzelner unstrittiger Teilprojekte könnte dabei schon frühzeitig beginnen.

(-/2.5.1991/rs/fr)

Plädoyer für eine präventive Drogenpolitik
Zum dramatischen Anstieg der Drogentoten

Von Gudrun Schaich-Walch MdB
Stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe Drogenpolitik der SPD-
Bundestagsfraktion

Zu Beginn dieses Jahres hat sich die Situation im Drogenbereich fast dramatisch verschlechtert.

Die Zahl der Erstkonsumenten und Drogentoten übersteigt die bisherigen Höchstwerte. Die Gesamtverfassung der Heroin- und Mehrfachabhängigen ist katastrophal schlecht. Soziale Isolation und Verelendung sowie die Zunahme der AIDS-Erkrankungen unter den Abhängigen führen zu lebensbedrohlichen Zuständen. Das öffentliche Sterben besonders in den Großstädten nimmt beständig zu.

Die Auswirkungen des illegalen Drogenhandels stellen enorme Belastungen für die in den Großstädten lebenden und arbeitenden Menschen dar und beeinträchtigen nachhaltig deren Sicherheitsbedürfnis.

Daraus ergeben sich Forderungen an die Politik. Schutz der Menschen vor Abhängigkeit und Schutz der Abhängigen vor Verelendung und Tod sind gleichrangige Ziele, die sich nicht ausschließen sondern ergänzen.

Die bisherige vorwiegend repressive Drogenpolitik konnte den Drogenverbrauch und den Drogenhandel nicht aus unserem Kulturkreis verbannen. Im Gegenteil, die steigenden Zahlen und der Gesundheitszustand der Abhängigen zeigen, daß sie gescheitert ist.

Diese Erkenntnis hat sich jedoch noch lange nicht durchgesetzt. Das zeigt sich unter anderem in der Antwort der Bundesregierung vom 17. April 1991 auf die Anfrage von Johannes Singer nach dem Stand der Umsetzung des nationalen Rauschgiftbekämpfungsplans.

Umfangreich wird auf Maßnahmen im Bereich der exekutiven Rauschgiftbekämpfung eingegangen. Jedoch werden die wichtigen Aspekte der Prävention, Behandlung, Rehabilitation, Eingliederung und Forschung nur gestreift.

Falsche Gewichtung in der Rauschgiftbekämpfung wird die dringend notwendigen Erfolge verhindern. Wir müssen akzeptieren, daß wir auch in Zukunft mit Drogen und Drogenmißbrauch werden leben müssen. Deshalb muß das vorrangige Ziel der Drogenpolitik Risikominimierung, Schadensbegrenzung und Reduzierung von Leid für Drogenbenutzerinnen und Drogenbenutzer und für die mittelbar betroffene Bevölkerung sein.

Der Gesundheitszustand der Drogenabhängigen muß stabilisiert werden. Mittelkürzungen, wie zum Beispiel die von der Bundesregierung beschlossene Streichung der Förderung von AIDS-Maßnahmen in Höhe von 17 Millionen DM, werden sich verheerend auswirken. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß viele Drogenabhängige den Ausstieg aus der Drogenszene als Selbstheilung schaffen. Allerdings gelingt ihnen dies erst in einem Alter über 30. Behandlungsangebote müssen darauf gerichtet sein, die Abhängigen solange am Leben zu erhalten. Dabei ist der Einsatz von Methadon als Behandlungsangebot unverzichtbar. Die Substitution mit Methadon muß über die bisherige Form der Einzelfallbehandlung ausgeweitet werden. Dazu ist die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes notwendig.

Es ist dringend erforderlich, daß Behandlungs- und Betreuungsangebote über das gesamte Bundesgebiet vereinheitlicht werden. Dies zeigt sich am Beispiel von Frankfurt sehr deutlich. 40 Prozent der in Frankfurt lebenden Drogenabhängigen sind "Auswärtige". Sie kommen vor allem aus den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg. Die Belastung der Städte und ihrer Bevölkerung hat jedoch Grenzen. Nicht einige wenigen Kommunen können Hilfe für alle bieten.

(-/2. Mai 1991/rs/fr)

Ein Leben für den internationalen Sozialismus
Zum 100. Geburtstag von Julius Braunthal

Von Heinz Putzrath

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS)

Am 5. Mai 1891 vor 100 Jahren wurde Julius Braunthal in Wien geboren. Er starb am 28. April 1972 im Londoner Exil, das ihm zur vertrauten Heimat geworden war. Der folgende Beitrag benutzt Teile eines Artikels, der zu seinem 75. Geburtstag verfaßt, jedoch nie veröffentlicht wurde. Der Autor war Fritz Segal, Journalist und Sozialdemokrat, der 1973 ebenfalls in London starb.

Julius Braunthal hat sich mit der Herausgabe der "Geschichte der internationale" selbst ein Denkmal gesetzt. In drei Bänden behandelt er die Geschichte des Sozialismus von den Vorläufern der sozialistischen Idee über die Gründung der sogenannten Zweiten internationale 1889 in Paris und ihr Schicksal im Ersten Weltkrieg, das mit der Spaltung in die Sozialistische Arbeiter-Internationale und die Kommunistische Internationale endete. Schließlich beschreibt Braunthal den Zerfall der internationale am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, denn es gelang nicht, Faschismus und Krieg zu verhindern. Die Auseinandersetzungen zwischen den Auffassungen des demokratischen Sozialismus und der unüberbrückbare Gegensatz zur kommunistischen Gewaltherrschaft wird von Braunthal in verschiedenen Ländern dargestellt. Leidenschaftlich bekennt er sich zum demokratischen Sozialismus.

In nichts unterschied sich die Jugend Braunthals von der Entwicklung und Erziehung anderer Kinder minderbemittelter Eltern. Die achtköpfige Familie wohnte in Wien in zwei Zimmern, "in denen niemals die Sonne schien". Vater und Mutter waren jüdischer Herkunft und orthodox in ihrem Glauben, der weniger aus dem Gebiet als in der Erfüllung der Gesetze der Humanität bestand. Auch das Leben Julius Braunthal war von diesem Geist des Humanismus geformt.

Als Fünfzehnjähriger wurde er Lehrling in einer Buchbinderei, wo er den Anschluß an die österreichische Arbeiterbewegung fand. Zunächst gehörte er zur Jugendorganisation und wurde Schüler in ihren Bildungsstätten. Dort hörte er zum ersten Mal den Namen Viktor Adlers. "Er wurde die Verkörperung der Ideale, denen ich mich verschrieb." Als Braunthal 1905 der Sozialistischen Partei beitrug, lernte er bald auch Otto Bauer, den Exponenten des Austro-Marxismus und späteren Chefredakteur der "Arbeiterzeitung", kennen, und "diese Bekanntschaft entwickelte sich zu einer zwanzigjährigen Freundschaft und Zusammenarbeit, bis er 1938 starb".

Otto Bauer schickte Braunthal 1912 zu Rudolf Hilferding nach Berlin, "um die deutsche Arbeiterbewegung zu studieren, denn", so schreibt Braunthal, "vor dem ersten Weltkrieg war keine der sozialistischen Bewegungen in Europa der SPD ebenbürtig." In Berlin lernte er nicht nur die Organisation, sondern auch ihre geistigen Führer, Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Karl Liebknecht und Kautsky kennen. Im Ersten Weltkrieg wurde er vom Frontsoldaten zum Oberstleutnant befördert und war zwei Jahre im Kriegsministerium Adjutant unter dem Sozialisten Julius Deutsch, der später im Spanischen Bürgerkrieg eine Rolle in den internationalen Brigaden spielte.

Ende 1919 trat Braunthal in die Redaktion der Wiener "Arbeiter Zeitung" ein, die damals von Friedrich Austerlitz geleitet wurde. Im Auftrage der Partei gründete er später "Das kleine Blatt" und andere sozialdemokratische Zeitungen. So war er unter anderem auch Chefredakteur der Zeitschrift des "Republikanischen Schutzbundes". Umso mehr traf ihn die Niederlage der Arbeiterbewegung, als die Geschütze der Dollfuß-Regierung im Februar 1934 auch diese Bastion der europäischen Sozialisten vernichteten. Für Julius Braunthal war eine Welt zusammengebrochen oder wie er es formulierte: "Eine Epoche in der Geschichte des Sozialismus war zu Ende." Verhaftung und fast ein Jahr im Konzentrationslager Wöllersdorf folgten.

"Ich will ein neues Leben beginnen, dachte ich. Was ich in so vielen Jahren aufgebaut habe, war natürlich in Ruinen. Aber ich war erst 44 Jahre alt. Vielleicht würde das Leben noch einmal einen Sinn erhalten." Seine Hoffnung wurde erfüllt. Braunthal begann ein neues Leben mit neuen Aufgaben. Nach einigen Vortragsreisen in europäische Länder und in Palästina holte ihn der damalige Sekretär der Internationale, Friedrich Adler, 1938 nach Brüssel, um ihn an der internationalen Arbeit zu beteiligen. Schon ein Jahr später war die Internationale zusammengebrochen, der Zweite Weltkrieg begann. Adler ging in die Vereinigten Staaten, Braunthal nach England. Dort traf er sich mit vielen Vertretern sozialistischer Parteien, die vor dem Nationalsozialismus flüchten mußten.

Während des Krieges gab es politisch und menschlich schwere Zeiten, besonders für die deutschen Sozialdemokraten. Sie blieben von allen internationalen Gremien ausgeschlossen. Das war nicht zuletzt auch auf die Haltung der Labour Party zurückzuführen, vor allem auf ihren internationalen Sekretär, William Gillies. Aus seiner antideutschen Einstellung machte er keinen Hehl, eine Haltung, die Braunthal bekämpfte. Gillies hat "anscheinend nicht die Aufgabe erkannt, die ihm in einer geschichtlichen Stunde gestellt wurde". Es war Lord Vansittart und seine Gruppe "Kampf für die Freiheit", die das deutsche Volk mit der Kollektivschuld belasten wollte, wobei auch deutsche Anti-Nazi-Opfer nicht ausgenommen wurden. Diese Gruppe setzte sich nicht nur aus konservativen Politikern zusammen, sondern bekam im Verlauf des Krieges zunehmend Einfluß auch auf führende Kreise der Labour Party und der Gewerkschaften. Dazu gehörte auch Ernest Bevin, der mächtige Boss des britischen Gewerkschaftsbundes und spätere Außenminister.

Die nach London emigrierten deutschen Sozialdemokraten führten einen jahrelangen, erfolglosen Kampf gegen diese Haltung, und nur wenige der Sozialisten anderer Länder, die ebenfalls von Hitlers Truppen besetzt waren und fliehen mußten, hielten den Deutschen die Treue. Dazu gehörte Julius Braunthal. Er hat die deutschen Kampfgefährten mutig unterstützt, wo immer sich dafür eine Gelegenheit bot. Victor Gollancz, Engländer, Sozialist und jüdischer Herkunft gab ihm dafür Möglichkeiten. Seine von ihm herausgegebene Zeitschrift "Left News" enthielt eine Beilage "International Socialist Forum". Um dieses von Julius Braunthal redigierte Forum sammelten sich eine Reihe prominenter Sozialisten, denen der Internationalismus mehr bedeutete als der primitive Fremdenhaß. Diese kleine Gruppe wurde von Professor Harald Laski geleitet.

Wie bisher, unbeirrbar und überzeugt, verteidigte Braunthal mit diesen Männern die Ideale des demokratischen Sozialismus. 1943, inmitten des Krieges, veröffentlichte er sein Buch "Need Germany Survive?" (Soll Deutschland fortbestehen?). Im Vorwort dazu schreibt er: "Indem ich

für das deutsche Volk für "Nicht schuldig" plädiere, fühle ich mich frei von jeder nationalen Voreingenommenheit. Ich bin Jude durch Geburt, Österreicher durch Staatsangehörigkeit, Deutscher durch die Sprache, englisch durch Wahlverwandtschaft, ein Weltbürger durch Überzeugung." Zwei Jahre später veröffentlichte er eine Autobiographie unter dem Titel "Auf der Suche nach dem Millenium", welches 1948 in deutscher Übersetzung erschien. Beide Bücher wurden durch die Unterstützung von Victor Gollancz ermöglicht. In dem er seinen Kampf gegen die These der deutschen Kollektivschuld beschreibt, heißt es rückblickend und zornig: "Alles was der deutsche Sozialismus in fast einem Jahrhundert zur Emanzipation aller Arbeiter der Welt beitrug, war vergessen. Ihr Kampf gegen Militarismus und Faschismus war ausgelöscht. Die Legionen der Märtyrer, die in Hitlers Folterkammern umkamen, starben umsonst. Die deutschen Sozialisten waren ausgeschlossen aus der brüderlichen Gemeinschaft."

Mit seiner politischen Einstellung war es für ihn selbstverständlich, gleich nach der Befreiung 1945 wieder die Fäden zu allen sozialistischen Parteien zu knüpfen. So kam es zur "COMISCO", dem "Komitee der Internationalen Konferenz", ein loser Zusammenschluß, der 1951 dann zur Wiederbegründung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt führte. Julius Braunthal wurde ihr erster Sekretär, ein Amt, das er bis 1955 in der ihm eigenen Art in London ausübte. In diesen Jahren gelang es ihm, nicht nur die traditionellen sozialistischen Arbeiterparteien in Europa zusammenzuführen, sondern auch Parteien aus anderen Kontinenten für eine Mitarbeit zu gewinnen. Es schmerzte ihn, daß die Sozialisten in Osteuropa von den kommunistischen Machthabern brutal unterdrückt wurden und nur als Parteien im Exil weiterbestehen konnten. Seine große Liebe und Hoffnung war der neue Staat Israel.

Auch nach seiner Pensionierung aus Altersgründen fand er immer neue Aufgaben, die ihn forderten. Er schrieb eine Biographie über Victor und Friedrich Adler und andere Veröffentlichungen. Seiner politischen Überzeugung und geistigen Rastlosigkeit blieb er treu, die er vor vielen Jahren formulierte: "Zeitverschwendung war in meinen Augen immer etwas Schreckliches. Dieses angespannte Leben gefiel mir ausgezeichnet. Ich benötige sehr wenig Schlaf und wurde niemals müde. Es war, als ob der Enthusiasmus meine Kraft verdoppelte."

Viele Menschen haben Grund, Julius Braunthal dankbar zu sein. Den deutschen Sozialdemokraten war er Freund in der Not, und so bleibt er unvergessen in unserer Erinnerung.

(-/30. April 1991/rs/fr)

(Dieser Artikel erscheint auch in der Mai-Ausgabe des AvS-Informationsdienstes)